



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

40. Sitzung (nicht öffentlich)

2. Juni 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Belastungen der Bevölkerung durch Dioxin sowie Benzol/BAP in Duisburg seit 1995: Chronologie "besonderer Vorkommnisse", Meßergebnisse, deren gesundheitliche Relevanz sowie Maßnahmen der Politik**

Vorlage 12/2738

1

Der Bericht der Landesregierung liegt mit Vorlage 12/2738 vor.

- 2 Buß- und Verwarnungsgeldkatalog für den Umweltschutz**

Vorlage 12/2732

1

Der Bericht der Landesregierung liegt mit Vorlage 12/2732 vor.

- 3 **Zielabweichungsverfahren gem. § 19 a LPIG im Zusammenhang mit dem Standort für ein flächenintensives Großvorhaben des LEP NRW im Lippe-Mündungsraum**
Vorlage 12/2719 1

Das Einvernehmen wird einstimmig hergestellt.

- 4 **Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3730 und 12/3770 2

Der Ausschuß verzichtet auf eine Abstimmung und sieht es als parlamentarisch hinreichende Abwicklung an, daß der federführende Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform heute vormittag sein Votum abgegeben habe.

- 5 **Auswirkungen der Wasserschutzgebietsentwürfe der Bezirksregierung Köln auf Umwelt/Wasserschutz und Landwirtschaft**
hier: Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 31 GO in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 27. Oktober 1999
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 3

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich, die in Vorlage 12/2725 und im Schreiben der SPD-Fraktion vom 20. Mai 1999 benannten Sachverständigen sowie den Bürgermeister der Stadt Hennef zur gemeinsamen Sitzung einzuladen.

6 Anforderungen an die Güteüberwachung und den Einsatz von mineralischen Stoffen im Erd- und Straßenbau unter besonderer Berücksichtigung von Müllverbrennungsaschen

Vorlage 12/2737

5

Ministerin Bärbel Höhn beantwortet Fragen zu ihrem Bericht - Vorlage 12/2737 - und sagt zu, dem Ausschuß den Bericht des LUA zur Verfügung zu stellen.

7 Abfallwirtschaftsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für Abfälle aus Kläranlagen

8

Dem Bericht von Ministerin Höhn schließt sich eine Aussprache an.

Nächste Sitzung: 18. August 1999

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU) führt aus, daß in der gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse - Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung, Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - das Stichwort "Zellstoffwerk" in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt habe. Das beauftragte Unternehmen Jaakko Pöyry habe eine erste Vorauswahl vorgenommen, eine Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen von Standorten, und als einzig möglicher Standort sei der Lippe-Mündungsraum übriggeblieben. Er fragt, welche Auswirkungen das Zielabweichungsverfahren auf den möglichen Zellstoffwerkstandort habe.

Ministerin Bärbel Höhn erwidert, daß Ausgangspunkt ein sehr kompliziertes Verfahren in Wesel bezüglich der Rheinüberquerung gewesen sei, weil dort die Rheinbrücke, die Lippe-Verlegung, Naturschutz- und FFH-Gesichtspunkte zusammengekommen seien. In die Lösung habe man das etwas im Süden gelegene Gelände einbezogen. Man müsse also wissen, daß das, was man jetzt vorhabe, ein Teil der Lösung der Rheinbrücke und der Lippe-Verlegung sei. Deshalb solle das Zielabweichungsverfahren auch schnell durchgeführt werden, damit die Weseler, die die Lösung angemahnt hätten, die Projekte in Angriff nehmen könnten.

Der Standort Zellstoffwerk sei davon nicht tangiert. Das Verfahren laufe weiter. Heinrich Kruse habe jedoch recht, daß dieser Standort wohl der einzige sei, auf dem das Zellstoffwerk möglicherweise angesiedelt werden könnte. Es bestünden aber noch einige Unklarheiten, zu denen das Wirtschaftsministerium berichten wolle. Da dieser Bericht noch nicht vorliege, müsse man das weitere Verfahren abwarten.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU) fragt noch einmal ausdrücklich, ob durch dieses Zielabweichungsverfahren ein möglicher Standort Zellstoffwerk in Gefahr gerate. - **Ministerin Bärbel Höhn** verweist darauf, daß das Zielabweichungsverfahren in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium erfolgt sei. Insofern seien alle Belange berücksichtigt, auch ein mögliches Zellstoffwerk.

Vorsitzender Klaus Strehl hält die einstimmige Herstellung des Einverständnisses fest.

4 Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3730 und 12/3770

Vorsitzender Klaus Strehl teilt mit, daß der Gesetzentwurf vom Plenum in seiner Sitzung am 10. März 1999 an den Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an die Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden sei. Hierzu habe am 28./29. April 1999

eine öffentliche Anhörung stattgefunden. Der erste Omnibus solle in der nächsten Plenarwoche vom 9. bis 11. Juni 1999 abschließend beraten werden.

Er habe gerade erfahren, daß der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform bereits heute vormittag darüber befunden habe. Es wäre also wenig sinnvoll, wenn der Umweltausschuß nachträglich ebenfalls eine Abstimmung durchführen würde. Es genüge, wenn der Umweltausschuß erkläre, daß das Votum, das heute morgen im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform zu dieser Thematik, soweit sie den Umweltausschuß betreffe, abgegeben worden sei, eine hinreichende parlamentarische Abwicklung bedeute. Änderungsanträge könnten ja noch plenar eingebracht werden.

Er sehe Zustimmung; deshalb verfare der Ausschuß so.

5 Auswirkungen der Wasserschutzgebietsentwürfe der Bezirksregierung Köln auf Umwelt/Wasserschutz und Landwirtschaft

hier: **Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 31 GO in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 27. Oktober 1999**

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, daß der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz dem Umweltausschuß mit Vorlage 12/2725 vom 20.05.1999 eine Liste mit Sachverständigen und Themenschwerpunkten übersandt habe. Mit Schreiben vom 20.05.1999, das als Tischvorlage vorliege, habe die SPD-Fraktion für die gemeinsame Sitzung weitere Sachverständige beantragt.

Hans Peter Lindlar (CDU) bittet, den Bürgermeister der Stadt Hennef noch in den Kreis der Anzuhörenden aufzunehmen. Denn die Gegenseite sei durch Wolfram Such als Wasserlieferant und Prof. Köpke als Leiter des Wiesengutes vertreten. - **Vorsitzender Klaus Strehl** nimmt den Bürgermeister der kreisangehörigen Stadt Hennef in die Liste auf.

Johannes Rimmel (GRÜNE) schlägt vor, sich nur auf wissenschaftlichen Sachverstand zu beschränken und Betroffene generell nicht einzuladen, damit nicht öffentlich der falsche Eindruck entstehe, daß der Ausschuß irgend etwas beschließen könne. In einem Gremium des Landtags werde ein Konfliktfall mit der Bezirksregierung Köln behandelt, für den der Landtag nicht originär zuständig sei.



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

40. Sitzung (nicht öffentlich)

2. Juni 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.35 Uhr

Wegen eines technischen Fehlers ist auf Seite 10 des Protokolls die letzte Zeile verlorengegangen. Daher ist die als Anlage beigefügte Seite auszutauschen.

^{vi}
Müller

Dr. Hildegard Müller
(Stenographischer Dienst)

Anlage

06.12.1999

275

mentiert, daß sie nicht über genügend Personal verfügten. Man sei gerade gehalten, Aufträge an Private zu vergeben, wenn diese eine Aufgabe besser erledigen könnten. Dieses sogenannte Outsourcing sei einer modernen Verwaltung angemessen.

Die Gesetzgebung schreibe vor, diesen Plan umzusetzen. Man halte das auch für sinnvoll, da Klärschlamm ein Teil des Siedlungsabfalls darstelle. Das LUA habe Vorarbeiten geleistet. Mitarbeiter der Bezirksregierung hätten keine Vorarbeiten leisten können. Deshalb habe man den billigsten Weg für die Landesverwaltung gewählt und einen Privaten beauftragt, diese Datenerhebung durchzuführen. Selbstverständlich sei die rechtzeitige Information des Umweltausschusses und am Ende die Herstellung des Benehmens vorgesehen.

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, daß auch ein anderes Verfahren hätte gewählt werden können. In dieser Angelegenheit müsse das Benehmen hergestellt werden. Man hätte von der Ministerin erwarten können, daß das Benehmen in bezug auf die Verfahrensweise vor der Auftragsvergabe hergestellt werde. Wenn der Ausschuß nicht zufällig von diesem Sachverhalt erfahren hätte, wüßte er noch immer nichts davon.

Ministerin Bärbel Höhn macht deutlich, daß sich die Herstellung des Benehmens auf den Plan beziehe, der am Ende erstellt werde. Man habe nicht anders gehandelt als in anderen Fällen. Sachverhalte zur Herstellung des Benehmens wie beispielsweise zum Zielabweichungsverfahren - siehe TOP 3 - würden dem Ausschuß mittels Vorlage übermittelt, wenn sie entscheidungsreif seien. Die Vorbereitung sei Aufgabe der Exekutive. Wenn der Ausschuß an jedem Punkt das Benehmen herstellen wolle, greife er in die Arbeit der Exekutive ein.

Im übrigen beziehe sich der externe Auftrag nicht auf die Erstellung des Plans, sondern auf notwendige Vorarbeiten, die sich aus der Bundesgesetzgebung ergäben. Man befinde sich im Zeitplan. Das Benehmen werde hergestellt, wenn der Abfallwirtschaftsplan vorliege.

Clemens Pick (CDU) fragt, ob die Bezirksregierung Köln bei der Planaufstellung mit eigenem Personal gearbeitet oder auch Aufträge vergeben habe. - **Ministerin Bärbel Höhn** legt dar, daß die Bezirksregierung Köln zusammen mit Daten anderer Bereiche einen Teil der für den Plan erforderlichen Daten erhoben habe. Auch Köln habe aber lediglich Vorarbeiten geleistet und keinen Klärschlammplan vorgelegt.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) möchte wissen, ob das Institut lediglich Daten erhebe und der Abfallwirtschaftsplan vom Ministerium erstellt werde. - **Ministerin Bärbel Höhn** erwidert, daß das Institut zur Zeit gemeinsam mit allen Beteiligten die notwendigen Vorarbeiten für den Plan durchführe. Die Aufstellung des Plans sei eine politische Aufgabe. Der Plan stehe noch nicht an, so daß das Benehmen auch in den nächsten Wochen nicht hergestellt werden müsse. - **Dr. Bernhard Kasperek (SPD)** verweist auf ein Schreiben des Ministeriums an die Bezirksregierungen, aus dem hervorgehe, daß mit dem Ifo-Institut ein Werkvertrag zur Erstellung des Abfallwirtschaftsplans abgeschlossen worden sei. - **Ministerin Bärbel Höhn**